

Artikel vom 21.12.2023

Kontroverse um den Kleinreuther Weg

Radschnellverbindung Nürnberg-Erlangen



Die Pläne für eine Radschnellverbindung zwischen Nürnberg und Erlangen nehmen weiter Gestalt an, stoßen jedoch auf kontroverse Diskussionen im Nürnberger Verkehrsausschuss. Am 14. Dezember 2023 wurde insbesondere der Straßenplan für den Abschnitt des Kleinreuther Wegs zwischen dem Ring und der Kilianstraße erörtert.

Die Debatte konzentrierte sich auf die drastische Reduzierung von Parkplätzen entlang des betreffenden Abschnitts. Vor der Genehmigung des Plans gab es hitzige Diskussionen über den Verlust von Parkmöglichkeiten - von zuvor 99 auf nunmehr 27 Stellplätze. Letztendlich stimmten die SPD, die Grünen und die Linken für den Plan, während die CSU dagegen votierte.

CSU-Stadtrat Daniel Frank äußerte sich nach der Sitzung verblüfft über das Abstimmungsverhalten der anderen Parteien. Er betonte die Notwendigkeit, die lokalen Bürgerinnen und Bürger in solche Entscheidungen einzubeziehen. Frank äußerte Bedenken darüber, dass der Beschluss zu einem drastischen Wegfall von Parkmöglichkeiten führt, was für die Anwohner vor Ort schwer nachvollziehbar sei. Er kritisierte den Schritt als rein ideologische Politik, vergleichbar mit Entscheidungen auf Bundesebene.

Bereits im Vorfeld haben verschiedene Interessensgruppen wie Gastronomiebetriebe und die Kirchengemeinde St. Andreas ihre Bedenken gegenüber der geplanten Variante geäußert und den Erhalt der Parkplätze angemahnt. Frank erklärte, dass trotz intensiver Gespräche mit der Verwaltung bestimmte Zugeständnisse gemacht worden seien, wie beispielsweise der Erhalt von

Parkplätzen vor der Kirche und der Kindertagesstätte. Bedauerlicherweise hätten jedoch SPD und Grüne im Ausschuss gegen diese Maßnahmen gestimmt, indem sie sich für die autofreie Variante aussprachen.

Angesichts dieser Entwicklungen plant die CSU-Fraktion nun Gespräche mit dem TeVi-Markt, um Möglichkeiten auszuloten, wie deren Parkplätze in den Abendstunden für die Anwohnerinnen und Anwohner genutzt werden können.

Daniel Frank kommentierte die Situation wie folgt: "Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mitnehmen. Mit dem Beschluss entfallen auf kürzester Strecke mehr als 70% aller Stellplätze. Das ist für die Anwohner vor Ort einfach nicht vermittelbar. Das ist eine rein ideologische Politik, wie wir es leider auch von der Ampel in Berlin kennen."

Die Diskussionen und Entscheidungen im Verkehrsausschuss spiegeln die Herausforderungen wider, denen sich die Planung und Umsetzung von Verkehrsprojekten in urbanen Gebieten gegenübersehen. Die Suche nach einem ausgewogenen Ansatz, der die Interessen aller Beteiligten berücksichtigt, bleibt eine zentrale Aufgabe.